

# Europa : sozialpolitisches Defizit

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft**

Band (Jahr): **88 (1991)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-838355>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



soziale Union geben wird oder ob dieses eine blossе Wirtschaftsgemeinschaft bleibt.

Die Zürcher Soziologin zeigte sich indessen pessimistisch: «Weder die Gewerkschafts- noch die Frauenpolitik wird über die zukünftigen Lebenschancen und Sozialrechte der ArbeitnehmerInnen entscheiden.» Profitieren würden vom europäischen Binnenmarkt in erster Linie die Beschäftigten in den expandierenden Dienstleistungsbranchen der grossen städtischen Zentren. Die sozialpolitischen und ökonomischen Verlierer wiederum seien in den Randregionen Europas von Süditalien über Portugal und Spanien bis nach Irland zu finden. Tendenziell gerate der Bereich des Sozialen immer mehr zu einer Restkategorie, die bloss noch als Stör- und Kostenfaktor wahrgenommen werde. Sozialpolitik bedeute deshalb zusehends Abbau des Sozialen sowie seine Ausgrenzung und Verbannung ins Private.

### *Migranten nicht in die Illegalität treiben*

«Das Bild von der Festung Europa, die sich gegen Immigranten abschottet, ist trügerisch», bemerkte Walter Schmid, Zentralsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe. Wer wirklich den Zutritt sucht, wird ihn auch in Zukunft finden – freilich um den Preis der Illegalität. In dieser Tendenz, Einwanderergruppen in die Illegalität zu treiben, liegt denn die Hauptgefahr der europäischen Harmonisierungsabkommen von Schengen und Dublin. Damit wird aber auch der erste Schritt zur sozialen Stigmatisierung der Immigranten getan.

Europa kommt, so Schmid weiter, nicht ohne Einreisevorschriften aus. Doch sollten diese von Realitäten ausgehen. Eine davon stellen die Süd-Nord- und die Ost-West-Wanderungen dar. Vor diesem Hintergrund wird die Migrationsfrage zur grossen Herausforderung Europas. Dabei kann nur die Perspektive einer multikulturellen Gesellschaft leitend sein, die sich bemüht, zuwandernden Menschen eine Chance für soziale Entfaltung und Integration zu bieten. Ohne neue politische Mitbestimmungsformen ist dieser Herausforderung nicht zu begegnen. Nur so kann von den Zuwanderern verlangt werden, dass sie die in Westeuropa vorherrschenden (keinesfalls sakrosankten) Grundwerte und Regeln des Zusammenlebens auch nachvollziehen können.

### *Kapitalbedarf Osteuropas erhöht Zinsniveau*

Bei der Frage nach dem Verhältnis Europa – Dritte Welt vertrat Richard Gerster, Koordinator für Entwicklungspolitik, die Auffassung, die Gefahr sei akut, dass die Dritte Welt die Zeche der Ost-West-Entspannung bezahle. So hätten die Geberländer gegenüber Osteuropa Hilfszusagen im Umfang von 1500 Dollar pro Kopf der Bevölkerung gemacht. Auf die Bevölkerung in der Dritten Welt bezogen, würde dies etwa der hundertfachen Entwicklungshilfe der westlichen Industrieländer im Jahre 1989 entsprechen.

Mindestens so wichtig wie die konkurrierenden Hilfsbudgets sind die wirtschaftlichen Folgen der Öffnung Osteuropas. So wird – nach Auffassung Gersters – der Kapitalbedarf der osteuropäischen Länder das globale Zinsniveau spürbar

erhöhen, was sich wiederum auf die hochverschuldeten Länder der Dritten Welt sehr negativ auswirken wird.

### *Suche nach einer europäischen Identität*

Aus sozialetischer Perspektive merkte der Tübinger Theologe Dietmar Mieth an, dass Europa einerseits auch eine Geschichte des Vergessens und der Verdrängungen kenne. So etwa bedeute Europa 92 nicht nur «Binnenmarkt», sondern ebenfalls «500 Jahre Eroberung Lateinamerikas». Überdies bestehe Europa nicht nur aus den westeuropäischen Ländern, sondern auch aus den Regionen des Südens und des Ostens. Dies alles mache andererseits deutlich, dass es Europa eigentlich nicht gebe. Es suche vielmehr nach seiner Identität. Diese europäische Identität sei unter anderem zu finden über die Einsicht in die eigene Begrenztheit (Kontingenzerfahrung) – eine Einsicht, die zu einer politisch produktiven Gegenerfahrung werden könne in der Auseinandersetzung mit jenen Mammutprojekten des Binnenmarktes, die von einem eindimensionalen Machbarkeitswahn bestimmt sind. C.S.

## **Noch einmal Arten und Ansätze der Familienzulagen**

In der März-Nummer der ZöF wurde eine Aufstellung der Arten und Ansätze der Familienzulagen, Stand 1. Januar 1991, publiziert. Die Angaben wurden traditions-gemäss der Zeitschrift ZAK des Bundesamtes für Sozialversicherung entnommen. Die Zentralstelle für Familienfragen des erwähnten Amtes machte uns nun nach-träglich darauf aufmerksam, dass ihre Publikation zwei Fehlangaben enthielt, die hiermit berichtigt werden sollen.

So bezahlt der Kanton Genf für Arbeitnehmer (inkl. Landwirtschaft) Geburts-zulagen von Fr. 1000.– (nicht Fr. 750.–).

Gemäss einem Schreiben des KIGA, Kanton Basel-Landschaft, wurde per 1. Januar 1991 im Dekret zum Kinderzulagegesetz folgende Änderung vorgenom-men: «Paragraph 9 Abs. 1: Für Kinder mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Ausland werden die Ausbildungszulagen gemäss Par. 6 Abs. 3 des Gesetzes in der Höhe der Kinderzulagen ausgerichtet. Die Ausbildungszulagen für Kinder im Ausland wer-den neu bis zum 25. Altersjahr, jedoch nur in der Höhe der Kinderzulage gewährt.»

p. sch.

## **Neue SKöF-Mitglieder**

Fürsorgebehörde der Bürgergemeinde, 2545 Selzach; Gemeindeverband Oberhofen, 3653 Oberhofen; Fürsorgekommission, 4950 Huttwil; HEKS, 8029 Zürich; Pro Infirmis Kt. Bern; SRK, Koordinationsstelle Flüchtlingswesen, 5000 Aarau; Service social, 2610 St-Imier; Psychiatrische Klinik, 3110 Münsingen; Vormund-schafts- und Fürsorgebehörde, 3506 Grosshöchstetten; Gemeindekanzlei, 5503 Schafisheim; Gemeinde Hundwil, 9064 Hundwil; Sozialpsychiatrischer Dienst, 5200 Windisch; Fürsorgekommission, 8595 Altnau.